

Knappes Rennen bei TV-Gebühr

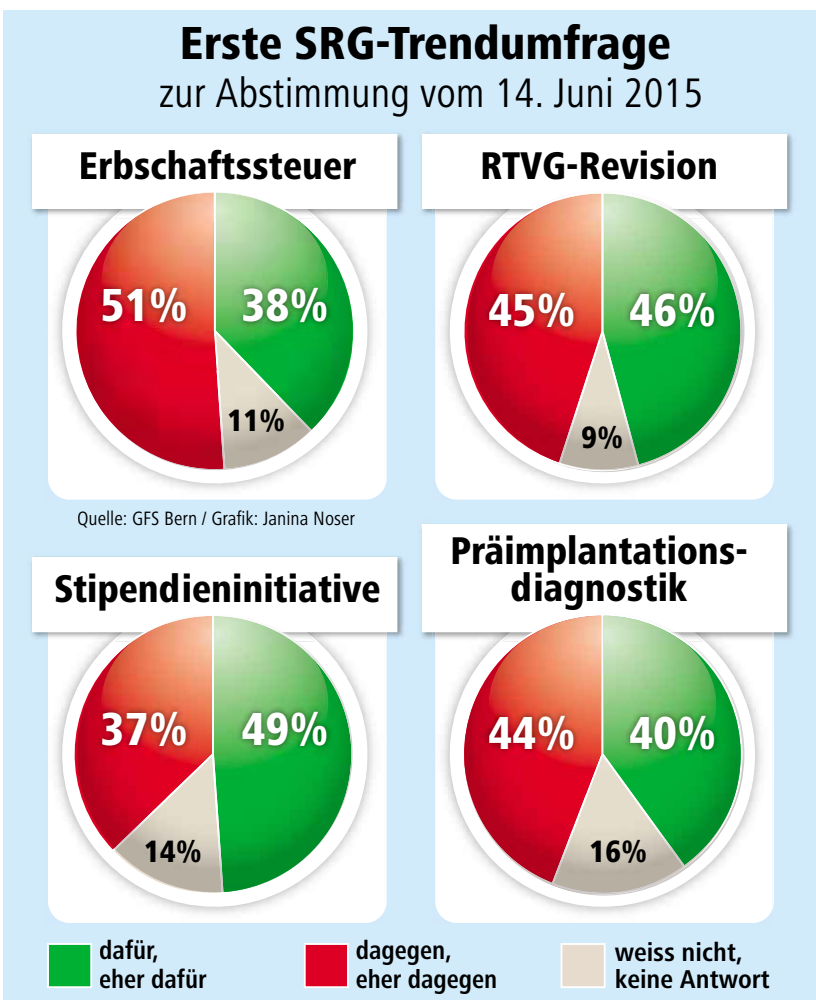
UMFRAGE Der Abstimmungsausgang bei der Empfangsgebühr ist noch völlig offen. Die Erbschaftssteuer-Initiative hat hingegen kaum eine Chance.

sda. Wäre Ende April abgestimmt worden, hätten 38 Prozent bestimmt oder eher für die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer gestimmt, 51 Prozent eher oder bestimmt dagegen. Dies geht aus der ersten SRG-Trendumfrage hervor. Demnach ist diese Volksinitiative die einzige der vier Vorlagen, bei der die Meinungsbildung schon fortgeschritten ist. Insgesamt wurden vom 27. April bis zum 2. Mai 1212 Stimmberechtigte befragt.

Gegnerargumente sind greifbarer
Für das Forschungsinstitut GFS Bern, das die Umfrage durchgeführt hat, ist damit eine «Vorentscheidung» gefallen. Dies, weil sich bei Initiativen im Abstimmungskampf normalerweise die



Gegnerschaft vergrössert. Die Initianten bleiben allerdings «zuversichtlich», wie sie in einer ersten Stellungnahme mitteilten. Die Botschaften der Gegner, die vor einem Eingriff in die kantonale Steuerhoheit und vor einer finanziellen Mehrbelastung für die KMU warnen, sind gemäss GFS Bern greifbarer. Die Argumente der Initianten, die mit dem Volksbegehren unter anderem den Reichtum der Schweiz gerechter verteilen wollen, kommen bei der Stimmbevölkerung bislang weniger gut an



Bei der Erbschaftssteuer-Initiative zeigt sich gemäss GFS Bern eine klare Polarisierung zwischen links und rechts. Von den befragten SP- und Grünen-Wählern wollen rund drei von vier Ja ankreuzen. Unter den FDP-Wählern ist hingegen nur jeder Vierte für die Vorlage.

Als völlig offen beurteilen die Meinungsforscher derzeit den Abstimmungsausgang bei der Revision des

Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG), die einen Systemwechsel hin zu einer geräteunabhängigen Empfangsgebühr vorsieht. Ende April hätten sich 46 Prozent der Teilnahmewilligen bestimmt oder eher für die Vorlage ausgesprochen, 45 Prozent waren bestimmt oder eher dagegen. Lediglich 9 Prozent hatten noch

keine Meinung. Im Normalfall verteilen sich diese Unentschiedenen auf beide Seiten, der Abstimmungskampf bringe deshalb die Entscheidung, so die Einschätzung von GFS Bern.

Haltung zu Behörden entscheidet
Am höchsten ist die Zustimmung bei den SP-Wählern, am tiefsten bei den SVP-Anhängern. Wichtiger als die Parteizugehörigkeit ist bei dieser Vorlage aber die Grundhaltung gegenüber den Behörden: Jene, die dem Bundesrat vertrauen, wollen zu 57 Prozent für die Revision stimmen, bei den Misstrauischen sind die Gegner mit 61 Prozent in der Mehrheit. Beide Seiten verfügen über mehrheitsfähige Argumente. 62 Prozent der Befragten gehen mit den Befürwortern einig, dass eine geräteunabhängige Gebühr zeitgemäss wäre. Das Nein-Lager punktet mit dem Argument, wonach Personen, die bewusst auf die Radio- und Fernsehnutzung verzichten, keine Gebühr zahlen sollten. Spannung verspricht derzeit auch die Abstimmung über die Verfassungsänderung zur Fortpflanzungsmedizin, die den Weg für die Einführung der Präimplantationsdiagnostik ebnet. Auch hier bringe der Abstimmungskampf die Entscheidung, schreibt GFS Bern. Die Verfassungsänderung stösst insbesondere in den Reihen der SVP auf Ablehnung. Auch bei den CVP-Wählern sind die Gegner in der Mehrheit, obwohl die Delegierten der Partei die Ja-Parole beschlossen haben. Auf Skepsis stösst die Vorlage besonders in der deutschsprachigen Schweiz, auf dem Land, in den unteren sozialen Schichten und bei den Pensionierten.
Bei der Stipendieninitiative schliesslich ist von einem Nein auszugehen. Dies, obwohl die Befürworter derzeit die Oberhand haben. Auch hier spricht die Erfahrung von früheren Initiativen, die nach anfänglicher Zustimmung abgelehnt wurden, gegen die Initianten.

Bund will beim Personal sparen

BERN sda. Der Bundesrat will die Ausgaben drosseln und gegenüber dem Finanzplan insgesamt 330 Millionen Franken einsparen, davon mindestens 165 Millionen beim Personal. Der Bundesrat begründet die Sparmassnahmen damit, dass die Kosten für das Personal in den letzten Jahren stark gestiegen seien. Bereits im Februar hatte er beschlossen, den Personalaufwand gegenüber dem Finanzplan 2016–2018 um 106 Millionen Franken zu senken. Damit würden die Ausgaben auf dem Niveau des Voranschlags 2015 stabilisiert. Weiter hatte der Bundesrat die Departemente beauftragt, beim Beratungsaufwand Kürzungen in der Höhe von rund 52 Millionen vorzunehmen. Eine Reduktion um insgesamt 158 Millionen Franken war also bereits angekündigt. Beim Personal sollen nun aber 59 Millionen mehr eingespart werden als bisher geplant. Neben «stellenseitigen» Massnahmen würden auch «lohnseitige» ergriffen, schreibt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD).
Der Bundesrat schlägt dies als Alternative zu einem Vorstoss von Leo Müller (CVP, Luzern) vor. Müller fordert mit einer Motion, dass die Personalkosten und die Kosten für die externe Beratung und externe Dienstleistungen für die Jahre 2016 bis 2019 auf dem Niveau der Jahresrechnung 2014 plafoniert werden. Laut Bundesrat entspräche dies zwar ungefähr den 330 Millionen, die auch er einsparen will. Da er eine starre Plafonierung nicht für sinnvoll hält, lehnt er die Motion aber ab.

Personalverbände sind empört
Die Verbände des Bundespersonals kritisieren den Sparentscheid scharf. Sie werfen dem Bundesrat «blanken Opportunismus» vor. Im Wahljahr beuge er sich willfährig dem Druck der bürgerlichen Sparpolitiker, schreiben die Verbände in einer Mitteilung. Er desavouiere damit sein Personal und setze dringliche Reformbeschlüsse aufs Spiel. Eine Lohnentwicklung dürfte zudem auf Jahre hinaus nicht mehr möglich sein. Am Vortag hatte der Personalverband des Bundes (PVB) die Image-Kampagne «Love Service public» lanciert, um die Bevölkerung vom Nutzen der öffentlichen Verwaltung zu überzeugen.

Spardebatte im Nationalrat
Die Bundesfinanzen waren diese Woche Thema in der Sondersession des Nationalrates. Der Rat beriet über ein Paket, das für das Jahr 2016 einige hundert Millionen Franken Einsparungen vorsieht. Zur Debatte standen dabei Vorschläge, die über Müllers Motion hinausgehen. Nach dem Willen von SVP und FDP sollte im Sparpaket eine Ausgabengrenze von 64 Milliarden Franken verankert werden. Der Nationalrat lehnte dies jedoch ab. Bei einem Ja hätte auf Ende Jahr jeder sechste Mitarbeitende der Bundesverwaltung entlassen werden müssen. Unbestritten ist, dass sich die Lage der Bundesfinanzen verschlechtert hat. Im Jahr 2014 schrieb der Bund das erste Defizit seit zehn Jahren, ein Defizit von 124 Millionen Franken.

Die Kasachstan-Affäre zieht weitere Kreise

BERN Die PR-Agentur Burson-Marsteller hat für ihren kasachischen Auftraggeber nicht nur einen Vorstoss organisiert. FDP-Nationalrat Walter Müller nimmt Stellung.

Die Leistungen, welche die PR-Agentur Burson-Marsteller für ihren kasachischen Auftraggeber erbracht hat, erfassen weitere Kreise: Die Agentur hat nicht nur FDP-Nationalrätin Christa Markwalder zu einem Vorstoss motiviert, sondern auch eine Reise nach Kasachstan organisiert. Eigentlich sollten sechs bis acht National- und Ständeräte die Reise antreten, wie die NZZ schreibt. Marie-Louise Baumann, ehemalige FDP-Generalsekretärin, die nun Senior Adviser bei Burson-Marsteller ist, soll demnach rund 30 Parlamentarier angefragt haben. Die Reise angetreten haben allerdings nur der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller und SVP-Nationalrat Christian Miesch (Basel-Landschaft).

Walter Müller, im Zusammenhang mit Kasachstan fällt auch Ihr Name: Sie reisten dorthin. Welcher Zweck stand hinter der Reise?
Walter Müller: Ich bin Mitglied der Freundschaftsgruppe Schweiz-Kasachstan. Wir hatten schon kasachische Delegationen in Bern. Da wurde eine Gegen-einladung ausgesprochen.

Erklären Sie doch das Interesse der Schweiz an jenem Land.
Müller: Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind vielfältig. Ich erwähne zwei davon: Kasachstan ist Mitglied jener Stimmrechtsgruppe von IWF und Weltbank, der auch die Schweiz angehört. Zum Zeitpunkt, als die Reise ins Auge gefasst wurde, war man auch in Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Russland, Weissrussland und Kasachstan. Kasachstan ist ein wichtiges Land, ein Scharnierland zwischen der Schweiz und Russland. Man soll



Walter Müller auf seinem ehemaligen Landwirtschaftsbetrieb in Azmoos. St. Galler Tagblatt/Coralie Wenger

«Mir war nicht bekannt, dass die Agentur ein Mandat von Kasachstan hatte.»
dieses Land nicht ausgrenzen, es braucht Beziehungen – auch mit dem Westen.
Nun gibt es den Vorwurf, Ihre Reise dorthin sei von einer PR-Agentur bezahlt worden. Diese wiederum wurde von Kasachstan bezahlt.
Müller: Das war mir damals nicht bekannt. Die Einladung kam vom Sekretär der

Freundschaftsgruppe Schweiz-Kasachstan, von Herrn Miesch. Ich fand diese Reise wichtig und verschob deswegen sogar Termine. Als Organisatorin trat dann Marie-Louise Baumann von Burson-Marsteller auf. Mir war indes nicht bekannt, dass diese Agentur ein Mandat hatte von Kasachstan; ich dachte, sie organisieren das für die Freundschaftsgruppe.

Wenn PR-Agenturen Politikern Reisen bezahlen, denkt man sofort an Beeinflussung. Gab es während oder nach der Reise solche Versuche?
Müller: Nein. Mal abgesehen davon, dass dies auch nichts genützt hätte bei mir.
Beeinflussen geht ja manchmal sehr subtil. Haben Sie auch nichts Subtiles festgestellt?
Müller: Eher das Gegenteil. Ich hatte den Eindruck, die Kasachen merkten, dass wir nicht zu beeinflussen waren.

Mal ganz allgemein: Es wird beklagt, Lobbyisten hätten zu viel Einfluss in Bundesbern. Wie sehen Sie das?
Müller: Ich denke, das wird übertrieben dargestellt. Sehen Sie, die grössten Lobbyisten sind doch wir Parlamentarier selber. Ich etwa bemühe mich, die Interessen der Region zu vertreten. Andere lobbyieren für ihre Region.

Zurück zu Kasachstan. Rückblickend betrachtet: Sind Ihre Erwartungen in diese Reise erfüllt worden?
Müller: Ja, weitgehend. Wir besuchten ein Wirtschaftsforum, an dem auch das eidgenössische Finanzdepartement zugegen war, ein Anti-Korruptions-Meeting zudem. Und wir besuchten die Schweizer Botschaft. Ich habe Einblick in dieses Land bekommen, erkannte seine Defizite demokratischer Natur. Am Anti-Korruptions-Meeting wurde zudem klar, dass Kasachstan ein gröberes Problem hat in diesem Bereich. Da war man übrigens erstaunlich offen. Kurz: Für meine Arbeit als Parlamentarier, als Mitglied der aussenpolitischen Kommission, war der vertiefte Einblick nützlich.

INTERVIEW RICHARD CLAVADETSCHER
schweiz@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

23 Kantone haben die Erbschaftssteuer für eigene Kinder nicht abgeschafft, damit sie durch die Hintertür wieder eingeführt wird.

Erbschaftssteuer
NEIN
www.erbschaftssteuer-nein.ch